

**26. Tagung des
UN-Menschenrechtsrates
10.– 27.06.2014**

Bericht und Auswertung

Inhalt

I. Bericht	2
Thematische Menschenrechte	4
Länder	5
Podiumsdiskussionen	5
Universal Periodic Review	6
II. Resümee	6
III. Resolutionen und Entscheidungen	7
Berufung neuer Mandatsträger/innen	11
IV Termine 2014	11

Theodor Rathgeber
Forum Menschenrechte
trathgeber@gmx.net

Jugendheimstrasse 10
34132 Kassel

I. Bericht

Der UN Menschenrechtsrat (MRR) verabschiedete im Rahmen seiner 26. regulären Tagung 32 Resolutionen und 16 Entscheidungen (davon 14 zum Universal Periodic Review); Details s. Anhang III. Der MRR schuf zwei neue Mandate der Sonderverfahren: ein thematisches mit einem / einer Sonderberichterstatter(in) zu Menschen mit Behinderung (Resolution A/HRC/RES/26/20), und ein Ländermandat zur Elfenbeinküste (Resolution 26/32) mit einem unabhängigen Experten zur technischen Zusammenarbeit und Kapazitätsbildung. Beide Mandate wurden ohne Antrag auf Abstimmung angenommen.

Die UN Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, wies in ihrem Eingangsvortrag darauf hin, dass sich der UN-Sicherheitsrat zunehmend um Menschenrechte kümmere, in Staaten wie Zentralafrikanische Republik, Syrien, Libyen, Mali, Südsudan, Ukraine oder Nordkorea; als Grundvoraussetzung für Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Dessen unbeschadet sei die internationale Gemeinschaft gleichwohl nicht in der Lage, auf solche Krisen angemessen zu reagieren. Sie nannte ferner die exzessive Gewalt durch israelische Sicherheitskräfte, vor allem in der Peripherie von Ostjerusalem. Navi Pillay benannte zunehmende rassistische Diskurse in Westeuropa, die sich gegen Migranten, Angehörige religiöser Minderheiten oder Ausländer richten. Beispiele seien Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien. Als ein Resümee ihrer Amtszeit zog sie den Schluss, dass das Eintreten für Menschenrechte auch das Öffnen der berüchtigten Büchse der Pandora bedeutet, um etwa versteckten Menschenrechtsverletzungen auf die Spur zu kommen. Sie erinnerte die Staaten daran, dass die Gründung des Hochkommissariats durch eine Entscheidung der Staaten zustande kam, die Unterstützung für ihre heimische Menschenrechtspolitik suchten. Das Hochkommissariat stehe demnach den Staaten zur Seite, nicht im Weg. Zum Ende der 26. Tagung nahm der MRR von der Amtsträgerin Abschied. Es war einer der - wenigen - Momente, in denen der MRR eine Insel des Konsens‘ im Meer zunehmender Polarisierungen schien.

Einer der Polarisierungen ergab sich zur Resolution 26/9 mit dem Auftrag an eine Arbeitsgruppe, ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur menschenrechtlichen Verantwortung Transnationaler Konzerne auszuarbeiten. Nach intensiver, kontroverser Debatte entschied eine dünne Mehrheit von nur 20 Staaten, eine solche Arbeitsgruppe einzurichten. Parallel dazu wird es die schon etablierte Arbeitsgruppe zu Transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen geben (Resolution 26/22), die sich vermehrt mit Fragen der Entschädigung beschäftigen soll. Die verquere Situation von zwei parallel agierenden Arbeitsgruppen spiegelte sich in der Rolle Russlands, das beide Resolutionen bewarb, mit sich selbst also in Konkurrenz trat. Kontrovers waren auch die Debatten unter den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Es wurden Zweifel geäußert, ob die Resolution unter den polarisierten Bedingungen unter den Staaten auf absehbare Zeit irgendein konkretes Ergebnis zeitigen könne. Außerdem wurde bemängelt, dass das momentane Mandat der Arbeitsgruppe zu 26/9 sich lediglich auf Transnationale Konzerne bezieht. Es wurde darauf verwiesen, dass damit die nationalen Unternehmen, also u.a. die mächtigen Staatskonzerne Chinas außen vor blieben. Bemängelt wurden ebenso, dass das Mandat sich nicht mit dem Schutz von Menschenrechtsverteidigern in diesem Bereich beschäftigen soll, obwohl dem MRR mittlerweile viele Berichte vorliegen, dass das menschenrechtliche Engagement just in diesem gesellschaftlichen Segment vermehrt Tote aufweist.

Ein zweites polarisierendes Element war die Debatte zum Schutz der Familie. Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Es hängt davon ab, was unter Familie verstanden und wie mit Abweichungen von einer vorherrschenden Norm verfahren wird. Die hauptsächlichen Unterstützer für die Resolution 26/11 - Ägypten, Russland, Qatar, Namibia, El Salvador, Bangladesh, Sierra Leone, Elfenbeinküste, China, Marokko, Tunesien, Mauritien, Uganda - lassen erahnen, dass Familie bevorzugt in der klassischen Konstellation gemeint ist. Uruguay, Irland, Chile und Frankreich präsentierten insofern einen Zusatz zum Resolutionsentwurf, der explizit die heutige Vielfalt an Familientypen zum Gegenstand der Resolution machen wollte. Großbritannien machte außerdem darauf aufmerksam, dass die Resolution dazu tendiere, die Institution Familie als solche unter Schutz zu stellen und nicht so sehr die individuellen Mitglieder. Russland gefiel die aufkommende Debatte gar nicht und stellte den Antrag auf Nichtbefassung (no-action motion), unterstützt durch China und Indonesien. Dem gab eine Mehrheit von 22:20 statt. Interessanterweise nahm Cuba an dieser Abstimmung nicht teil. Hätte der Zusatz Eingang in die Resolution gefunden, hätten allerdings Saudi Arabien und Pakistan einen zweiten Zusatz präsentiert, der ein noch strikter exklusives Verständnis von Familie zur Grundlage gehabt hätte. Die schließlich verabschiedete Resolution 26/11 sieht eine Podiumsdiskussion dazu im Rahmen der 27. MRR-Tagung vor.

Kontrovers verlief ebenso die Debatte um den freien Zugang zu einem unzensurierten Internet. China legte einen Zusatzantrag zum Resolutionsentwurf vor, der mit den Begriffen religiöser Hass, religiöse Diskriminierung und Aufstachelung zur Gewalt den Gebrauch des Internets reglementieren sollte. Die Befürworter des Resolutionsentwurfs lehnten dies allerdings ab, weil sie - zu Recht - darin Schlupflöcher für eine restriktive Handhabung des Internets erahnten. Außerdem seien diese Aspekte im Entwurf bereits ausreichend berücksichtigt. Eine Mehrheit des MRR lehnte den Zusatz Chinas ab (15:28, bei 4 Enthaltungen). Die Resolution 26/13 wurde anschließend ohne Antrag auf Abstimmung angenommen; wenngleich China, Vietnam und Südafrika zu Protokoll gaben, dass es hier keinen Konsens gebe.

Eine Polarisierung zwischen wenigen und vielen verursachte die Diskussion zur Resolution 26/23 zu Syrien. Der Text der Resolution verzeichnet eine fortlaufende Verschlechterung der Menschenrechtslage. Scharf verurteilt werden erzwungenes Verschwindenlassen, der Einsatz chemischer Waffen und Hunger bei Zivilisten als Kampfmittel. Auch die Länderresolution zu Belarus (26/25) bringt die tiefe Sorge über fortlaufende systematische Verletzungen der Menschenrechte zum Ausdruck, vor allem die Anwendung der Todesstrafe. Brasilien stimmte der Resolution (dieses Mal noch) zu, bemerkte aber, dass zukünftig die Anstrengungen der Regierung von Belarus stärker berücksichtigt werden müssen, so die Umsetzung einiger Empfehlungen aus dem UPR-Verfahren. Eine dritte Resolution zum Land Ukraine (26/30) sprach Selbstverständliches an und mahnte die Regierung, bei ihrem Vorgehen die Standards der Menschenrechte zu achten, einschließlich auf der Krim. Russland monierte 'politische Elemente' in der Resolution, die nichts mit dem Mandat des MRR zu tun hätten und verlangte eine Abstimmung; mit 23:4 bei 19 Enthaltungen zugunsten der Vorlage.

Unter dem Eindruck der verheerenden Situation in Eritrea entschied der MRR im Konsens, zusätzlich zum Sonderberichterstatte eine Untersuchungskommission einzurichten (Resolution 26/24) und willkürliche und außergerichtliche Tötungen, erzwungenes Verschwindenlassen, Folter, Einschränkung der Freiheitsrechte, erzwungenen Militärdienst für Kinder u.a.m. systematisch zu untersuchen. Ein Untoter machte ebenfalls wieder von sich reden: die Resolution 26/27 zum Klimawandel entschied, zur 28. regulären Tagung des MRR (März 2015) eine ganztägige Podiumsdiskussion durchführen zu wollen.

Thematische Menschenrechte

Vorgelegt wurden Berichte von

- Special Rapporteur on the right to freedom of opinion and expression with a focus on regulations of political and electoral communications (A/HRC/26/30); Ländervisiten Montenegro (A/HRC/26/30/Add.1), the Former Yugoslav Republic of Macedonia (A/HRC/26/30/Add.2), Italien (A/HRC/26/30/Add.3).
- Special Rapporteur on the rights to freedom of peaceful assembly and of association with focus on harassment, intimidation, criminalisation and outright physical assault on members of civil society in opposition of governments, in particular marginalised groups such as persons with disabilities, youth, women, lesbian, gay, bisexual, transgender and intersex persons (A/HRC/26/29); Ländervisite Ruanda (A/HRC/26/29/Add.2).
- Special Rapporteur on the right to health (A/HRC/26/31) with a focus on unhealthy food and its impact on young children.
- Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises with focus on access to effective remedies, national action plans, annual and regional forums (A/HRC/26/25); Ländervisiten USA (A/HRC/26/25/Add.4) und Ghana (A/HRC/26/25/Add.5).
- Special Rapporteur on violence against women, its causes and consequences with focus on challenges to effectively address violence against women, lack of transformative remedies, the impact of financial crisis and austerity measures (A/HRC/26/38), Ländervisiten Indien (A/HRC/26/38/Add.1), Bangladesh (A/HRC/26/38/Add.2) und Aserbaidshan (A/HRC/26/38/Add.3).
- Special Rapporteur on extreme poverty and human rights with focus on (by his predecessor) fiscal policies and particularly taxation policies (A/HRC/26/28), Ländervisiten Moldawien (A/HRC/26/28/Add.2), Mozambique (A/HRC/26/28/Add.1) plus Sammlung der Aktivitäten der Sonderberichterstatterin in den Jahren 2008-2014 (A/HRC/26/28/Add.3).
- Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions with focus on the powers of the police and law reform against excessive use of force, also the issue of autonomous weapons systems (A/HRC/26/36), Ländervisite Mexico (A/HRC/26/36/Add.1).
- Special Rapporteur on the human rights of internally displaced persons with focus on the outreach of the Kampala Convention of December 2012 (A/HRC/26/33), Ländervisiten Georgien (A/HRC/26/33/Add.1), Serbien plus Kosovo (A/HRC/26/33/Add.2), Südsudan (A/HRC/26/33/Add.3), Sri Lanka (A/HRC/26/33/Add.4).
- Independent Expert on international solidarity with focus on the proposed draft declaration on the right of people and individuals to international solidarity (A/HRC/26/34).
- Special Rapporteur on trafficking in persons with focus on a more cohesive interpretation of what constitutes trafficking in persons and strengthening accountability of State and non-State actors (A/HRC/26/37), Ländervisiten Bahamas (A/HRC/26/37/Add.5), Belize (A/HRC/26/37/Add.6), Italien (A/HRC/26/37/Add.4), Marokko (A/HRC/26/37/Add.3), Seychellen (A/HRC/26/37/Add.7).

- Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers with focus on the concept of judicial accountability (A/HRC/26/32), Ländervisite Russland (A/HRC/26/32/Add.1).
- Special Rapporteur on the human rights of migrants with focus on written employment contracts, confiscation of documents, occupational and health violations, access to justice (A/HRC/26/35), Ländervisite Qatar (A/HRC/26/35/Add.1).
- Working Group on discrimination against women in law and practice with focus on discrimination against women especially in pregnancy and motherhood (A/HRC/26/39), Ländervisiten Island (A/HRC/26/39/Add.1) und China (A/HRC/26/39/Add.2).
- Special Rapporteur on the right to education with focus on a holistic approach (A/HRC/26/27), Ländervisite Seychellen (A/HRC/26/27/Add.1).
- Independent International Commission of Inquiry on Syria with focus on violence escalated to an unprecedented level and impunity (A/HRC/26/CRP.2, Oral Update of the Independent International Commission of Inquiry on the Syrian Arab Republic).
- Intergovernmental Working Group on the Durban Declaration and Programme of Action, Bericht zur 12. Tagung (A/HRC/26/55).
- Independent eminent experts on the follow-up of the Durban Declaration and Programme of Action (A/HRC/26/56).
- Advisory Committee on best practices and main challenges in the promotion and protection of human rights in post-disaster and post-conflict situations (A/HRC/26/40).
- Advisory Committee on the ways and means to enhance international cooperation in the field of human rights (A/HRC/26/41).
- Advisory Committee on the issue of the negative impact of corruption on the enjoyment of human rights (A/HRC/26/42).
- Social Forum (A/HRC/26/46).
- Forum on Business and Human Rights (A/HRC/26/26).
- Intergovernmental working group on a United Nations declaration on the rights of peasants and other people working in rural areas (A/HRC/26/48).
- OHCHR on Preventing and Eliminating Child, Early and Forced Marriage (A/HRC/26/22).
- OHCHR on the activities undertaken to support efforts by States to promote and protect the rights of persons with disabilities in their national legislation, policies and programmes (A/HRC/26/24).
- OHCHR / Board of Trustees of the United Nations Voluntary Fund for Technical Cooperation in the field of Human Rights (A/HRC/26/51).

Länder

Berichte von

- Special Rapporteur on the situation of human rights in Eritrea (A/HRC/26/45).
- Independent Expert on the situation of human rights in Côte d'Ivoire (A/HRC/26/52).
- OHCHR on progress of technical assistance and capacity-building for South Sudan in the field of human rights (A/HRC/26/23).

Podiumsdiskussionen

- Sicherheit von Journalist/innen; laut OHCHR sind seit 1992 mehr als 1.000 Journalist/innen bei der Ausübung ihres Berufs zu Tode gekommen. Mit die schlechtesten Jahre waren 2012 und 2013. In vielen Staaten genießen die Täter Straffreiheit. Der Regierungsvertreter Indiens meinte, Journalisten haben sich im Rahmen der nationalen Gesetzgebung und Pflichten zu bewegen;
- zu guten Beispielen im Kampf gegen Geschlechtsverstümmlungen;
- zu Frauenrechten; a) zu den Folgen von Gender Stereotypen, b) zum Kontext nachhaltige Entwicklung und der entsprechenden UN Agenda;
- zur Prävention und Überwindung früher und erzwungener Verheiratung von Kindern;
- zu technischer Zusammenarbeit insbesondere mit Blick auf Menschen mit Behinderung.

Universal Periodic Review

Die Abgabe von Zwischenberichten zur Halbzeit des UPR-Umsetzungszyklus gehört fast schon zum guten Ton. Auch NGOs legen vermehrt (informelle) Zwischenberichte vor. Dänemark ging noch einen Schritt weiter. Die Regierung legte nicht nur einen Zwischenbericht vor, sondern akzeptierte nachträglich 20 weitere Empfehlungen aus dem 1. Zyklus, die damals noch auf Vorbehalte stießen. Es handelt sich u.a. um die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderung, um Ergänzungen im Strafgesetzbuch zu häuslicher Gewalt, um die Einrichtung einer Ombudsstelle zu Kinderrechten, um Vorgaben für Migrant/innen und Flüchtlinge. Es ist dies das erste Mal, dass ein Land seine Haltung zu Empfehlungen ändert.

Die Präsentation eines Zwischenberichts sollte allerdings nicht zu überhöhten Erwartungen an die Bereitschaft einer Regierung zur Rechenschaftslegung verleiten. Thailand präsentierte einen solchen Zwischenstand und war damit das erste Land Südostasiens; inmitten einer Militärdiktatur.

II. Resümee

Die Diskussionen über ein völkerrechtlich verbindliches Instrument zur unternehmerischen Verantwortung in Sachen Menschenrechte werden noch länger nachwirken. Eine Kluft tat sich nicht nur bei Staaten sondern auch bei NGOs auf. Der Autor dieser Zeilen gehört zu den Skeptikern, die bezweifeln, ob der jetzige Zeitpunkt glücklich gewählt war. Die bisherige Arbeitsgruppe und das Forum zu Transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen hatten gerade begonnen, amtliche Berichte zu einzelnen Tatbeständen zusammenzutragen und daraus die eine stringendere Vorgehensweise abzuleiten. Was für Opfer und NGOs seit Jahren überdeutlich ist, muss im UN Rahmen vorbereitet and amtlich besiegelt werden. Außerdem schienen einige westliche Staaten bereit, das Mandat der alten Arbeitsgruppe zu erweitern. So besteht die Gefahr, dass sich nun beide Arbeitsgruppen gegenseitig blockieren.

Nach der Diffamierung der Religionen und den traditionellen Werten, die in inhaltlicher Substanz und Sprache auf die Standards der Menschenrechtskonventionen eingenordet wurden, steht jetzt der Schutz der Familie auf dem Programm, um mit einer sehr konservativen Zuschreibung von Familie einen Hebel zu schaffen, die Exklusion unbequemer und ungeliebter Bevölkerungsgruppen voranzutreiben. Es ist zu hoffen, dass das Hochkommissariat oder der beratende Ausschuss wieder mit einer Studie beauftragt wird.

Nicht aufgearbeitet wurde in der 26. Tagung des MRR die Repression gegen Engagierte in Sachen Menschenrechte. Es hätte durchaus nochmals der Auftrag an die UN-Generalversammlung gehen können, den schon einmal anvisierten Focal Point zu Menschenrechtsverteidiger/innen (Resolution 24/24) wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Die vielen Berichte zur 26. Tagung über ermordete Menschenrechtsverteidiger, nicht zuletzt im Kontext unternehmerischer Aktivitäten, hätten einen solchen Beschluss legitim erscheinen lassen. Außerdem hatte der Sonderberichterstatter zu extralegalen Tötungen über die exzessive Gewaltanwendung staatlicher Sicherheitskräfte berichtet. Verpasste Gelegenheit oder Kleinmut, beides ist nicht nur für die Betroffenen sondern auch für das Renommee des MRR fatal.

III. Resolutionen und Entscheidungen

Resolutionen

A/HRC/RES/26/1 Implementation of the International Decade for People of African Descent: draft programme of activities
ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/2 The question of the death penalty

per Abstimmung angenommen; 29:10, 8 Enthaltungen

Dafür (29): Algeria, Argentina, Austria, Benin, Brazil, Burkina Faso, Chile, Congo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Czech Republic, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Italy, Kazakhstan, Mexico, Montenegro, Namibia, Peru, Philippines, Romania, Sierra Leone, South Africa, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, Venezuela.

Dagegen (10): Botswana, China, Ethiopia, India, Indonesia, Japan, Kuwait, Pakistan, Saudi Arabia, United Arab Emirates.

Enthaltungen (8): Cuba, Kenya, Maldives, Morocco, Republic of Korea, Russian Federation, USA, Viet Nam.

26/3 Extreme poverty and human rights

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/4 Protection of Roma

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/5 Elimination of discrimination against women

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/6 Mandate of the Independent Expert on human rights and international solidarity per Abstimmung angenommen; 33:14, 0 Enthaltungen

Dafür (33): Algeria, Argentina, Benin, Botswana, Brazil, Burkina Faso, Chile, China, Congo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Cuba, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Kuwait, Maldives, Mexico, Morocco, Namibia, Pakistan, Peru, Philippines, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam.

Dagegen (14): Austria, Czech Republic, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Montenegro, Republic of Korea, Romania, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

26/7 Mandate of the Special Rapporteur on the independence of judges and lawyers
ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/8 Mandate of the Special Rapporteur on trafficking in persons, especially women and children
ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/9 Elaboration of an international legally binding instrument on transnational corporations and other business enterprises with respect to human rights

per Abstimmung angenommen; 20:14, 13 Enthaltungen

Dafür (20): Algeria, Benin, Burkina Faso, China, Congo, Côte d'Ivoire, Cuba, Ethiopia, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Morocco, Namibia, Pakistan, Philippines, Russian Federation, South Africa, Venezuela, Viet Nam.

Dagegen (14): Austria, Czech Republic, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Montenegro, Republic of Korea, Romania, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

Enthaltungen (13): Argentina, Botswana, Brazil, Chile, Costa Rica, Gabon, Kuwait, Maldives, Mexico, Peru, Saudi Arabia, Sierra Leone, United Arab Emirates.

26/10 International Albinism Awareness Day
ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/11 Protection of the family

per Abstimmung angenommen; 26:14, 6 Enthaltungen

Dafür (26): Algeria, Benin, Botswana, Burkina Faso, China, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Kuwait, Maldives, Morocco, Namibia, Pakistan, Philippines, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam.

Dagegen (14): Austria, Chile, Czech Republic, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Montenegro, Republic of Korea, Romania, United Kingdom, USA.

Enthaltungen (6): Argentina, Brazil, Costa Rica, Mexico, Peru, The former Yugoslav Republic of Macedonia.

Davor hatte, auf Antrag Russlands, eine Mehrheit des Rates (22:20, 4 Enthaltungen) die Nichtbefassung (no-action motion) eines schriftlichen Änderungsantrags (amendment) durch Uruguay beschlossen.

Dafür [Nichtbefassung] (22): Algeria, Benin, Botswana, Burkina Faso, China, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Kuwait, Morocco, Namibia, Pakistan, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela.

Dagegen (20): Argentina, Austria, Brazil, Chile, Costa Rica, Czech Republic, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Mexico, Montenegro, Peru, Republic of Korea, Romania, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

Enthaltungen (4): Gabon, Maldives, Philippines, Viet Nam

Cuba nahm an der Wahl nicht teil

26/12 Mandate of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/13 The promotion, protection and enjoyment of human rights on the Internet

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/14 Human rights and arbitrary deprivation of nationality

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/15 Accelerating efforts to eliminate all forms of violence against women: violence against women as a barrier to women's political and economic empowerment

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/16 Human rights and the regulation of civilian acquisition, possession and use of firearms

per Abstimmung angenommen; 44:0, 3 Enthaltungen

Dafür (44): Algeria, Argentina, Austria, Benin, Botswana, Brazil, Burkina Faso, Chile, China, Congo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Cuba, Czech Republic, Estonia, Ethiopia, France, Gabon, Germany, India, Indonesia, Ireland, Italy, Japan, Kazakhstan, Kenya, Kuwait, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Namibia, Pakistan, Peru, Philippines, Republic of Korea, Romania, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Kingdom, Venezuela, Viet Nam.

Dagegen (0)

Enthaltungen (3): The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, USA.

26/17 The right to education: follow-up to Human Rights Council resolution 8/4

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/18 The right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health: sport and healthy lifestyles as contributing factors

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/19 Human rights of migrants: mandate of the Special Rapporteur on the human rights of migrants

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/20 Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/21 Promotion of the right of migrants to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/22 Human rights and transnational corporations and other business enterprises

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/23 The continuing grave deterioration in the human rights and humanitarian situation in the Syrian Arab Republic

per Abstimmung angenommen; 32:5, 9 Enthaltungen

Dafür (32): Argentina, Austria, Benin, Botswana, Brazil, Burkina Faso, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Czech Republic, Estonia, France, Gabon, Germany, Indonesia, Ireland, Italy, Japan, Kuwait, Maldives, Mexico, Montenegro, Morocco, Peru, Republic of Korea, Romania, Saudi Arabia, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Arab Emirates, United Kingdom, USA.

Dagegen (5): Algeria, China, Cuba, Russian Federation, Venezuela.

Enthaltungen (9): Congo, Ethiopia, India, Kazakhstan, Namibia, Pakistan, Philippines, South Africa, Viet Nam.

26/24 Situation of human rights in Eritrea

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/25 Situation of human rights in Belarus

per Abstimmung angenommen; 24:7, 16 Enthaltungen

Dafür (24): Argentina, Austria, Benin, Botswana, Brazil, Chile, Costa Rica, Czech Republic, Estonia, France, Gabon, Germany, Ireland, Italy, Japan, Maldives, Montenegro, Peru, Republic of Korea, Romania, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

Dagegen (7): China, Cuba, India, Kazakhstan, Russian Federation, Venezuela, Viet Nam.

Enthaltungen (16): Algeria, Burkina Faso, Congo, Côte d'Ivoire, Ethiopia, Indonesia, Kenya, Kuwait, Mexico, Morocco, Namibia, Pakistan, Philippines, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates.

26/26 Promotion and protection of the human rights of peasants and other people working in rural areas

per Abstimmung angenommen; 29:5, 13 Enthaltungen

Dafür (29): Algeria, Argentina, Benin, Brazil, Burkina Faso, Chile, China, Congo, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Cuba, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Morocco, Namibia, Pakistan, Peru, Philippines, Russian Federation, Saudi Arabia, Sierra Leone, South Africa, United Arab Emirates, Venezuela, Viet Nam.

Dagegen (5): Czech Republic, Republic of Korea, Romania, United Kingdom, USA.

Enthaltungen (13): Austria, Botswana, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Kuwait, Maldives, Mexico, Montenegro, The former Yugoslav Republic of Macedonia.

26/27 Human rights and climate change

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/28 The Social Forum

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/29 The contribution of parliaments to the work of the Human Rights Council and its universal periodic review

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/30 Cooperation and assistance to Ukraine in the field of human rights

per Abstimmung angenommen; 23:4, 19 Enthaltungen

Dafür (23): Austria, Benin, Botswana, Chile, Costa Rica, Côte d'Ivoire, Czech Republic, Estonia, France, Germany, Ireland, Italy, Japan, Maldives, Mexico, Montenegro, Philippines, Republic of Korea, Romania, Sierra Leone, The former Yugoslav Republic of Macedonia, United Kingdom, USA.

Dagegen (4): China, Cuba, Russian Federation, Venezuela.

Enthaltungen (19): Algeria, Argentina, Brazil, Burkina Faso, Congo, Ethiopia, Gabon, India, Indonesia, Kazakhstan, Kenya, Kuwait, Namibia, Pakistan, Peru, Saudi Arabia, South Africa, United Arab Emirates, Viet Nam.

26/31 Technical and capacity-building assistance for South Sudan in the field of human rights

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

26/32 Renforcement de capacités et coopération technique avec la Côte d'Ivoire dans le domaine des droits de l'homme

ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

Entscheidungen

Ergebnisse der 18. UPR-Runde im Januar 2014; ohne Antrag auf Abstimmung angenommen

A/HRC/DEC/26/101	Outcome of the UPR: New Zealand
26/102	Outcome of the UPR: Afghanistan
26/103	Outcome of the UPR: Chile
26/104	Outcome of the UPR: Uruguay
26/105	Outcome of the UPR: Yemen
26/106	Outcome of the UPR: Vanuatu
26/107	Outcome of the UPR: the former Yugoslav Republic of Macedonia
26/108	Outcome of the UPR: Comoros
26/109	Outcome of the UPR: Slovakia
26/110	Outcome of the UPR: Eritrea
26/111	Outcome of the UPR: Cyprus
26/112	Outcome of the UPR: Dominican Republic
26/113	Outcome of the UPR: Viet Nam
26/114	Outcome of the UPR: Cambodia

26/115 **The negative impact of corruption on the enjoyment of human rights**

26/116 **Promotion and protection of human rights in post-disaster and post-conflict situations**

Berufung neuer Mandatsträger/innen

- David Kaye (USA), Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression
- Danius Puras (Litauen), Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health
- Maria Grazia Giammarinaro (Italien), Special Rapporteur on trafficking in persons, especially women and children
- Baskut Tuncak (Türkei), Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes
- Seong-Phil Hong (Südkorea), Mitglied der AG Arbitrary Detention, aus der Asien-Gruppe
- Sabelo Gumedze (Südafrika), Mitglied der AG People of African Descent, aus der Afrika-Gruppe.

IV. Termine 2014

27. Tagung	08.-26.09.
UPR 20. Runde	27.10.-07.11.
Forum zu Minderheiten	25.-26.11.
Forum Business and Human Rights	02.-03.12.